WB-FM-01-096-2

Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum:	09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 95 bis 96 einfügen:
Politik. Sie sind heute wichtiger denn je und gehören ins Zentrum der deutschen Außenpolitik.

Wir setzen uns dafür ein, die zivile Krisenprävention finanziell und strukturell zu stärken. Dazu fordern wir ein strategisches, präventives und kohärentes Handeln in allen Politikbereichen. Auch die Ressorts Finanzen, Umwelt, Agrar und Wirtschaft müssen sich stärker mit den möglichen konfliktträchtigen Auswirkungen ihrer Arbeit befassen und diese abstellen. Wir wollen uns im Rahmen der Vereinten Nationen, der EU und in Deutschland für die Verbesserung von Frühwarnung, den Ausbau von Kapazitäten für politische Analyse und Mediation einsetzen und die Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen stärken. Notwendig ist vor allem eine planmäßige Aufstockung von Rechtsstaats- und Polizeiexpert*innen, die schnell verfügbar sind. Wir setzen uns für klare politische Ziele von Friedensmissionen der Vereinten Nationen, der EU und der OSZE ein und wollen die deutschen zivilen und militärischen Beiträge in diesen Missionen erhöhen. Wir fühlen uns der VN-Resolution 1325 verpflichtet und setzen uns für eine deutlich stärkere Einbeziehung von Frauen in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und Wiederaufbau ein.

Mit uns Grünen wird Deutschland endlich Mitglied im Europäischen Friedensinstitut werden und sich bei den Vereinten Nationen für einen Freundeskreis für Krisenprävention einsetzen, um international mehr Aufmerksamkeit auf die Prävention zu lenken. Auch im Bundeshaushalt wollen wir die Voraussetzungen für eine bessere Vorbeugung von Krisen schaffen: mehr Diplomat*innen für politische Analyse und Krisenprävention; zivilgesellschaftlichen Organisationen muss es zukünftig möglich sein, ihre Projekte vorausschauend und langfristig zu planen und umzusetzen; kurzfristige und flexible Mittel für krisenpräventive Maßnahmen; deutliche Erhöhung des Kapitals der Deutschen Stiftung Friedensforschung.

Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel.

Begründung

Die Forderung nach Stärkung und Betonung der zivilen Krisenprävention ist **die** zentrale Forderung der bündnisgrünen Friedenspolitik. Sie ist im Entwurf völlig unterbelichtet. Durch die Einfügung konkreter Forderungen in diesem Bereich wollen wir die Bedeutung des Themas unterstreichen. Die Forderungen entstammen den Beschlüssen „Für eine Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte“ der BDK 2012 in Hannover und „Lokal und global: Fluchtursachen angehen statt Symptome bekämpfen“ der BDK 2015 in Halle sowie dem Beschluss „Grüne Eckpunkte für zivile Krisenprävention und Friedensförderung“ der bündnisgrünen Bundestagsfraktion vom 18. 10. 2016.